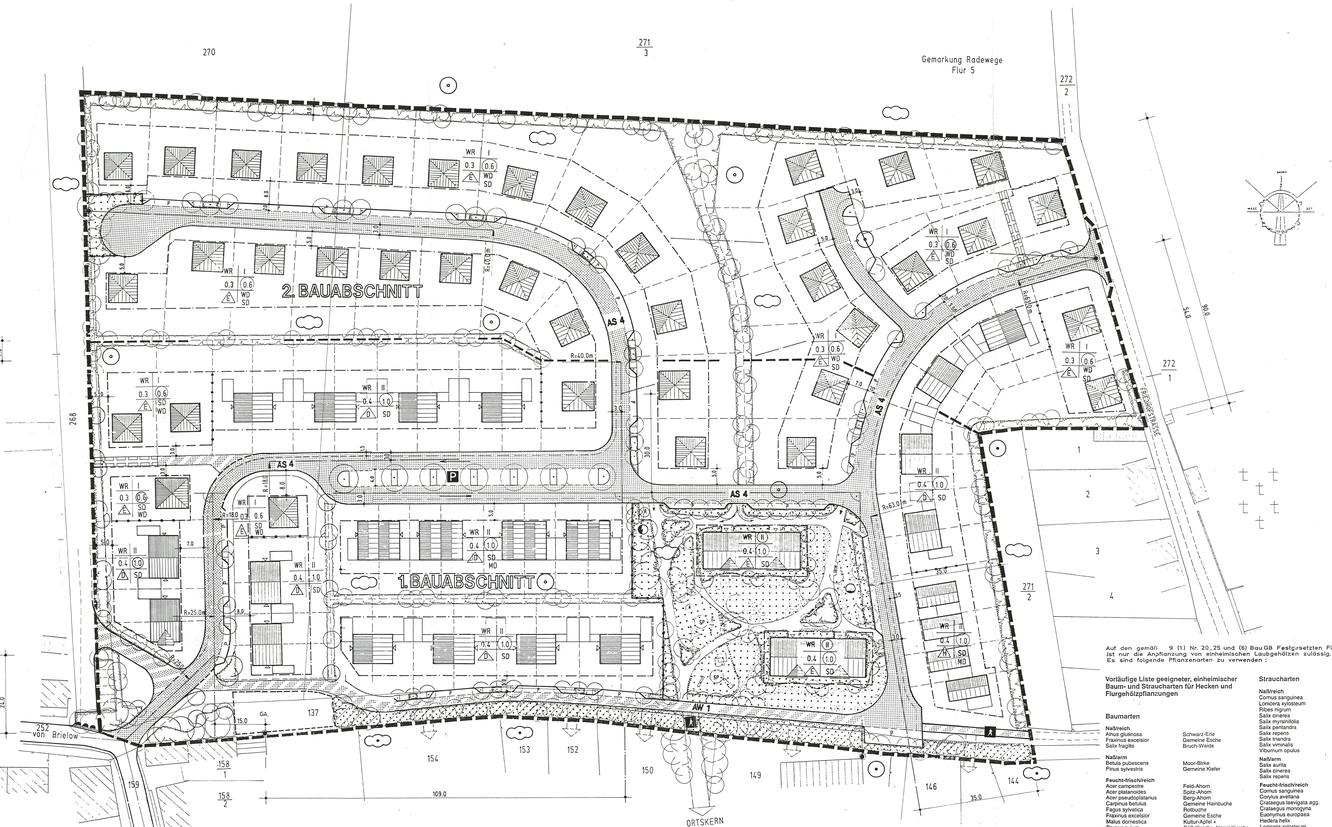

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

(§ 9 Absatz 1 und 2 BauGB und BauNVO)

1. In Plangebiet werden folgende Nutzungen zugelassen:
   - Wohngebäude
   - Stellplätze und Garagen
   - Nebenanlagen, wie Abstell- und Gerätehäuschen, Gewächshäuser und Gartenpavillons; Schwimmbecken nur in Bereich der Einzelhäuser
   - Anlagen, die der Versorgung des Baugebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie der Ableitung des Abwassers dienen; das gilt auch für fernmeldetechnische Nebenanlagen

2. Die Lage der in der Bebauungskonzeption dargestellten Häuser ist im Rahmen der vorgegebenen Baugrenzen und unter Beachtung des § 6 BauO (Abstandsflächen) variierbar.

3. Für das Wohngebiet werden folgende Gestaltungsfestsetzungen getroffen:

   - Fassadengestaltung

   Für die Fassadengestaltung sind Verkleidungen, die ein Material vortäuschen (Imitationen), nicht zulässig.

   - Dachgestaltung

   Die Wohngebäude sind vorzugsweise mit einem Satteldach zu versehen. Um eine Gestaltungsvielfalt zu erreichen, sind auch Walmdächer (Einzelhäuser) und Mansarddächer (Doppelhäuser, Reihenhäuser) zulässig.
   Für Mansarddächer gilt die für eingeschossige Gebäude festgesetzte Traufhöhe.

   Die Neigung der Dachflächen darf betragen:
   . bei eingeschossigen Gebäuden 38 - 40°
   . bei zweigeschossigen Gebäuden 38 - 45°

   Diese Festsetzung gilt nicht für Mansarddächer.
   Sofern Garagen mit einem Satteldach versehen werden, muß die Neigung der Dachflächen wie die des Wohngebäudes sein.
   Das Anbringen von Solarelementen auf den Dachflächen zur Nutzung der Sonnenenergie ist zulässig.

   - Traufhöhen

   Die Höhen der Traufen dürfen höchstens betragen:
   . bei eingeschossiger Bauweise 4,5 m
   . bei zweigeschossiger Bauweise 6,0 m

   Ausnahmsweise darf in den Bereichen mit eingeschossiger Bauweise die Traufhöhe auf einer Länge von maximal 1/3 der Traufl ängе eine Gebäudeseite um 1,5 m überschritten werden.

Bezugspunkt für die angegebenen Traufhöhen ist:
a) bei ebenem Gelände:
   Straßenmitte
b) bei ansteigendem Gelände:
   die OK der Straßenmitte, vermehrt um das Maß der natürlichen Steigung (Mitte Straßenfront)
c) bei abfallendem Gelände:
   die OK Straßenmitte, vermindert um das Maß des natürlichen Gefälles zur Mitte der straßenseitigen Gebäudeflucht

4. Der 2. Bauabschnitt darf erst dann begonnen werden, wenn mindestens 70 % der im 1. Bauabschnitt errichteten Wohnungen belegt sind.

5. Weitere Festlegungen:
   - Straßenseitige Einfriedungen sind nur als Holzzaun und/oder Hecke bis 0,8 m Höhe zulässig.
     Die Einfriedungen sind mindestens 0,5 m von der Fahrbahnkante abzurücken.
   - Alle öffentlichen befahrbaren Flächen (Straßen, Wege, Parkplätze) erhalten eine sickerfähige Befestigung (Pflaster mit mineralischem Unterbau, 1 cm Fugenbreite).
   - Parkflächen sind mit Rasenlochklinkern (Loch/Steg-Verhältnis 1 : 2) zu befestigen.
   - Alle Straßen sind als verkehrsberuhigte Zone (Zeichen 325 StVO) auszuweisen.

- Die voth. Strauch- und Baumvegetation an der südlichen Grenze ist zu erhalten, während der Bauphase zu schützen und gegebenenfalls zu ergänzen.
- Die Abschirmung des Bohngebietes im Westen, Osten und Norden erfolgt durch freiwachsene Hecken, 2,5 m breit.
- Wo Grundstücke rückseitig aneinandergrenzen, sind freiwachsende Hecken von 3,0 m Breite anzulegen.
- Wie im Plan dargestellt, sind 230 Bäume (meist innerhalb der Strauchflächen) zu pflanzen.
- Das Niederschlagswasser der Dachentwässerung ist zu sammeln und zur Bewässerung der Grünflächen zu verwenden.
- Fassadenflächen, die auf einer Länge von 4 m keine Fenster-, Tor- und Türöffnungen enthalten, sind pro angefangene 4 m Länge mit einer Kletterpflanze zu bepflanzen (sh. Pflanzenliste).
- Die Schutzpflanzungen entlang der nördlichen Grenze sind bei Baubeginn anzulegen.
- Alle übrigen Pflanzarbeiten erfolgen bis 1,5 Jahren nach den Bau der Gebäude und Straßen.
- Für die Pflanzungen ist 2 - 3 mal verschultes Material zu verwenden.

Zuständigkeit für die Pflege

- öffentlichen Grün: die Gemeinde Radewege
- Grünflächen auf den Grundstücken: der Grundstückseigentümer
- Die angelegten Grünflächen sind zu erhalten.

Auf den gemäß 9 (1) Nr. 20, 25 und (6) BauGB Festgesetzten Flächen ist nur die Anpflanzung von einheimischen Laubgehölzen zulässig. Es sind folgende Pflanzenarten zu verwenden :

Vorläufige Liste geeigneter, einheimischer Baum- und Strauchsarten für Hecken und Pflanzgebotpflanzungen

Baumarten

Nußbaum
Juglans regia

Ahorn
Acer campestre
Acer platanoides
Acer pseudoplatanus

Birke
Betula pendula
Betula pubescens

Eiche
Quercus robur
Quercus petraea

Esche
Fraxinus excelsior

Hainbuche
Carpinus betulus

Kirsche, Vogelkirsche
Prunus avium
Prunus cerasus

Linde
Tilia cordata
Tilia platyphyllos

Obstbäume, Hochstamm

Pappel
Populus alba
Populus nigra
Populus tremula

Speierling
Sorbus domestica

Vogelbeere
Sorbus aucuparia

Weide
Salix alba
Salix caprea
Salix fragilis

Wildapfel
Malus sylvestris

Wildbirne
Pyrus communis

Sträucher

Hartriegel
Cornus sanguinea

Hasel
Corylus avellana

Heckenkirsche
Lonicera xylosteum

Holunder
Sambucus nigra

Liguster
Ligustrum vulgare

Pfaffenhütchen
Euonymus europaea

Pfeifenstrauch
Philadelphus coronarius

Rose
Rosa canina agg.
Rosa rubiginosa
Rosa tomentosa
Rosa villosa

Schneeball
Viburnum opulus

Schwarzdorn
Prunus spinosa

Weißdorn
Crataegus monogyna
Crataegus laevigata agg.

Weide
Salix caprea
Salix cinerea
Salix pentandra
Salix repens
Salix triandra
Salix viminalis

Wolliger Schneeball
Viburnum lantana

Ginster
Sarothamnus scoparius

Heckenrose
Rosa canina agg.

Hundsrose
Rosa canina

Kratzbeere
Rubus caesius

Kriechweide
Salix repens

Purpurweide
Salix purpurea

Stachelbeere
Ribes uva-crispa

Wacholder
Juniperus communis

Weinrose
Rosa rubiginosa

Wildrose
Rosa canina

Zaunrose
Rosa tomentosa

Zwergmispel
Cotoneaster integerrimus

Zwergstrauchrose
Rosa pimpinellifolia

Zwergweide
Salix herbacea

* Arten, die vermutlich nicht einheimisch sind, aber für Hecken und Pflanzgebotpflanzungen, insbesondere als Nahrungsangebot für Vögel geeignet sind.

Pflanzenarten im Spielbereich: Giftgehalt beachten, Sträucher mit Beeren vermeiden

Planzeichen

- PlanzV 90 -

1. Art der baulichen Nutzung

[§ 9 (1) Nr. 1 BauGB §§ 1-11 BauNVO]

WR — Reines Wohngebiet §3 BauNVO

2. Maß der baulichen Nutzung

[§ 9 (1) Nr. 1 BauGB § 16 BauNVO]

0,6 — Geschoßflächenzahl gemäß §20 BauNVO
0,3 — Grundflächenzahl gemäß §19 BauNVO
II — Zahl der Vollgeschosse
I — Als Höchstgrenze
(I) — Zwingend

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

[§ 9 (1) Nr. 2 BauGB §§ 22 und 23 BauNVO]

Baugrenze gemäß §23 (3) BauNVO

E — Nur Einzelhäuser zulässig
D — Nur Doppelhäuser zulässig
H — Nur Hausgruppen zulässig

Geplante Grundstücksgrenze

5. Verkehrsflächen (öffentlich)

[§ 9 (1) Nr. 11 und (6) BauGB]

Straßenverkehrsfläche

Öffentliche Stellfläche

Befahrbarer Wohnweg — Gehweg

Fußweg, Radweg

Mögliche Grundstückszufahrt

Bereich ohne Ein- bzw. Ausfahrt

6. Flächen für Versorgungsanlagen

[§ 9 (1) Nr. 12 und 14 BauGB]

Trafostation

Feuerlöschbrunnen

7. Grünflächen

[§ 9 (1) Nr. 15 BauGB]

Umgrenzung von Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a und Abs 6 BauGB]

Umgrenzung von Flächen zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen [§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a und Abs. 6 BauGB]

Öffentliche Grünflächen

Bindung für den Erhalt von Bäumen

und Sträuchern ([§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe a])

Bindung für die Anpflanzung von Bäumen

und Sträuchern ([§ 9 Abs.1 Nr.25 Buchstabe a])

8. Flächen für Nebenanlagen

[§ 9 (1) Nr. 4 und 22 BauGB]

Ga — Garagen

9. Sonstige Darstellungen u. Festsetzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

MD — Mansarddach
SD — Satteldach
WD — Walmdach

Nutzungsschablone

Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Bauweise	Dachform

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen [§ 9 Abs.1 Nr. 21 und Abs.6 BauGB]

Verfahrensvermerke

1. DIE FÜR DIE RAUMORDNUNG UND LANDESPLANUNG ZUSTÄNDIGE BEHÖRDE IST GEMÄSS § 246a ABS. 1 SATZ 1 NR. 1 BAU GB i.V.m. § 4 ABS. 3 BAU ZVO BETEILIGT WORDEN.

   RADEWEGE, DEN 10.11.93 — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

2. DIE VON DER PLANUNG BERÜHRTEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE SIND MIT SCHREIBEN VOM 28.06.93 ZUR ABGABE EINER STELLUNGNAHME AUFGEFORDERT WORDEN.

   RADEWEGE, DEN 10.11.93 — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

3. DIE GEMEINDEVERTRETUNG HAT AM 28.10.93 DEN ENTWURF DES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES MIT BEGRÜNDUNG BESCHLOSSEN UND ZUR AUSLEGUNG BESTIMMT.

   RADEWEGE, DEN 10.11.93 — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

4. DER ENTWURF DES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B), SOWIE DER BEGRÜNDUNG HABEN IN DER ZEIT VOM 24.05.93 BIS EINSCHLIESSLICH 30.07.93 WÄHREND DER DIENSTZEIT* IN DER GEMEINDEVERWALTUNG NACH § 3 ABS. 2 BAU GB ÖFFENTLICH AUSGELEGEN. DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG IST MIT DEM HINWEIS, DASS BEDENKEN UND ANREGUNGEN WÄHREND DER AUSLEGUNGSFRIST VON JEDERMANN SCHRIFTLICH ODER ZUR NIEDERSCHRIFT VORGEBRACHT WERDEN KÖNNEN, AM 10.05.93 ORTSÜBLICH BEKANNTGEMACHT WORDEN.

   RADEWEGE, DEN — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

5. DIE GEMEINDEVERTRETUNG HAT DIE VORGEBRACHTEN BEDENKEN UND ANREGUNGEN SOWIE STELLUNGNAHMEN DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE AM 8.09.93 GEPRÜFT. DAS ERGEBNIS IST MITGETEILT WORDEN.

   RADEWEGE, DEN 10.11.93 — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

6. DIE PLANUNTERLAGE ENTSPRICHT DEN ANFORDERUNGEN NACH § 1 DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 18.12.1990 (BGBL. I S. 58) (KATASTERKARTE) ENTSPRICHT FÜR DEN BEREICH DES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANS DEN STAND VOM 15.03.1994.

   BRANDENBURG, DEN 16.03.1994 — KATASTER- UND VERMESSUNGSAMT

7. DER VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B), WURDE AM 08.09.93 VON DER GEMEINDEVERTRETUNG ALS SATZUNG BESCHLOSSEN. DIE BEGRÜNDUNG ZUM VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN WURDE MIT BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG VOM 08.09.93 GEBILLIGT.

   RADEWEGE, DEN 10.11.93 — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

8. DIE GENEHMIGUNG DIESES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B), WURDE MIT VERFÜGUNG DER HÖHEREN VERWALTUNGSBEHÖRDE VOM AZ: - MIT NEBENBESTIMMUNGEN UND HINWEISEN - ERTEILT.

   RADEWEGE, DEN — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

9. DIE NEBENBESTIMMUNGEN WURDEN DURCH DEN SATZUNGSÄNDERNDEN BESCHLUSS DER GEMEINDEVERWALTUNG VOM ERFÜLLT. DIE HINWEISE SIND BEACHTET. DAS WURDE MIT VERFÜGUNG DER HÖHEREN VERWALTUNGSBEHÖRDE VOM AZ. BESTÄTIGT.

   RADEWEGE, DEN — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

10. DIE VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANSATZUNG, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B), WIRD HIERMIT AUSGEFERTIGT.

    RADEWEGE, DEN — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

11. DIE ERTEILUNG DER GENEHMIGUNG DES VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES SOWIE DIE STELLE, BEI DER DER PLAN AUF DAUER WÄHREND DER DIENSTSTUNDEN VON JEDERMANN EINGESEHEN WERDEN KANN UND ÜBER DEN INHALT AUSKUNFT ZU ERHALTEN IST, SIND IN DER ZEIT VOM BIS ORTSÜBLICH BEKANNT GEMACHT WORDEN. IN DER BEKANNTMACHUNG IST AUF DIE ERLÖSCHUNGSFRIST DER VERLETZUNG VON VORFAHRENS- UND FORMVORSCHRIFTEN UND VON MÄNGELN DER ABWÄGUNG SOWIE AUF DIE RECHTSFOLGEN (§ 215 ABS. 2 BAU GB) UND WEITER AUF FÄLLIGKEIT UND ERLÖSCHEN VON ENTSCHÄDIGUNGSANSPRÜCHEN (§ 44, 246a ABS. 1 SATZ 1 NR. 9 BAU GB) HINGEWIESEN WORDEN. DIE SATZUNG IST AM IN KRAFT GETRETEN.

    RADEWEGE, DEN — LS — DER BÜRGERMEISTER — DIE AMTSDIREKTORIN

Rechtsgrundlagen

RECHTSGRUNDLAGE FÜR DIE AUFSTELLUNG DES VORLIEGENDEN VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLANES IST DAS GESETZ ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONEN UND DIE AUSWEISUNG UND BEREITSTELLUNG VON WOHNBAULAND (INVESTITIONSERLEICHTERUNGS- UND WOHNBAULANDGESETZ) VOM 22.04.93, ARTIKEL 2, § 7 - SATZUNG ÜBER DEN VORHABEN- UND ERSCHLIESSUNGSPLAN), VERÖFFENTLICHT BGBL. I S. 476 FF.

VERORDNUNG ÜBER DIE BAULICHE NUTZUNG DER GRUNDSTÜCKE - BAUNVO - I.D.F. DER BEKANNTMACHUNG VOM 23.01.1990 (BGBL. I S.132), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ARTIKEL 3 DES GESETZES VOM 22.04.1993 (BGBL. I S.479) SOWIE DIE VERORDNUNG ÜBER DIE AUSARBEITUNG DER BAULEITPLÄNE UND DIE DARSTELLUNG DES PLANINHALTES PLANZEICHENVERORDNUNG 1990 - PLANCV - VOM 18.12.1990 (BGBL. I NR. 3 VOM 22.01.1991).

AS 4 — Kfz R F — F 5) — 4.00 — P/G — ≥1.50 — ≥2.00 6)

AW 1 — Kfz R F — 3.00 8)

GEMEINDE RADEWEGE

VORHABEN – UND ERSCHLIESSUNGSPLAN

RADEWEGE - NORD

BEBAUUNGSPLAN

M. 1 : 500

AUFTRAGGEBER
Planung & Umwelt
Dipl.-Ing. Ulrich Neumann
Stadtplanung, Entwicklungs- und Baugesellschaft mbH
Gregor von Brück - Ring 1
1402 Brück
Telefon: 03384/5650

AUFTRAGNEHMER
PAI — PLANUNGS-, ARCHITEKTUR- UND INGENIEURBÜRO ANHALTINISCHE GMBH
STRASSE DER BEFREIUNG 16
O.- 1910 WITTENBERG
TEL.: 3910